Resultate

2013 Nr. 2

STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

AP Photo/Christiane Oelrich

Moderne Sklaverei

Bekleidungsindustrie in Bangladesch

Von Gisela Burckhardt

Der Einsturz des achtstöckigen Hochhauses Rana Plaza in Savar, nahe der Hauptstadt Dhaka in Bangladesch, am 24. April 2013 ist das bislang weltweit größte Unglück in der Bekleidungsindustrie. Eine Tragödie mit über 1.100 Toten und über 1.500 Verletzten. Die meisten Opfer waren Frauen. Kaum eine der Verletzten wird jemals wieder arbeiten können.

Fünf Textilfabriken mit insgesamt über 3.000 Menschen produzierten in Savar jeweils auf einer Etage. Obwohl schon Risse in den Wänden zu sehen waren, erzwangen die Fabrikbesitzer mit der Drohung von Lohnabzügen die Weiterarbeit – die moderne Form der Sklaverei.

Bereits im April 2005 stürzte, unweit der jetzigen Unfallstelle, ein Gebäude ein. Damals starben 64 Menschen in der Fabrik SPECTRUM. Im November 2012 forderte ein Brand in der Tazreen-Fabrik in Bangladesch 112 Tote. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrierten nach dem Einsturz des Rana Plaza tagelang öffentlich für die Verurteilung der Verantwortlichen. Mittlerweile wurde der Besitzer des Rana-Hochhauses auf seiner Flucht nach Indien festgenommen. Er gehört zu den Führern der Jugendorganisation der regierenden Awami-League-Partei.

Im Rana-Plaza-Hochhaus ließen die Marken Primark (Irland), Benetton (Italien), Mango (Spanien), Bon Marché und Matalan (UK), Cato Fashions und Children's Place (USA), Joe Fresh (Kanada), Texman (Dänemark) sowie die Handelskette El Corte Inglés (Spanien) produzieren. KiK stritt zunächst eine Verbindung ab, doch dann wurden Hunderte von KiK-Labels in den Ruinen gefunden. KiK musste zugeben, dass es „indirekte" Beziehungen – vermutlich über Unteraufträge – zu einer der eingestürzten Fabriken gab. Doch nicht nur die Billiganbieter profitieren von menschenunwürdigen Bedingungen und niedrigen Löhnen. Auch Markenunternehmen ignorieren die Tatsache, dass Arbeits- und Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden.

Der Bekleidungssektor in Bangladesch

In den rund 5.000 Bekleidungsfabriken von Bangladesch arbeiten gut 3,6 Millionen Menschen. 87 Prozent davon sind Frauen. Der Bekleidungssektor erwirtschaftet rund 78 Prozent der Exporterlöse Bangladeschs. Viele Mitglieder des Parlaments sind selber Fabrikbesitzer. Deshalb gibt es wenig Kontrolle und viel Bestechung.

⇢ weiter auf Seite 3

Foto: matthewwillman.co.za

Freiheitskämpfer und Humanist

Veranstaltung und Festschrift zum 80. Geburtstag von Denis Goldberg

⇢ Seite 4

Foto: R. Armbrecht

Bedrohte Menschenfreunde

Bienenvölker sind in Gefahr
Neue EU-Regelungen

⇢ Seite 6

AP Photo/Martin Mejia

Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru

Ablehnung scheitert im Bundesrat

⇢ Seite 7

AP Photo/Ismail Ferdous

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

verfestigte gesellschaftliche Armuts- und Reichtumsverhältnisse beruhen immer darauf, dass der einen Kategorie von Menschen die gesellschaftlichen Möglichkeiten abgeschnitten werden, ihre Potenziale zu realisieren, und es der anderen Kategorie von Menschen besonders leicht gemacht wird, sich einen großen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum anzueignen. Und immer lassen sich diese Verhältnisse nur mit Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Gewalt und ideologischer Verbrämung aufrechterhalten.

Armut, Ungerechtigkeit und Unterdrückung rufen Gegenwehr hervor. Die Verhältnisse in der Textilindustrie Südostasiens sind jenen vergleichbar, die in Europa zu Beginn der Industrialisierung geherrscht haben. Auch die Bedingungen des Widerstandes ähneln jenen in vielfacher Hinsicht. Die Beschäftigten schließen sich zusammen, demonstrieren, streiken, kämpfen für bessere Bedingungen. Sie gehen dabei hohe persönliche Risiken ein, aber die unmenschlichen Arbeitsbedingungen lassen ihnen keine Wahl. Die über 1.000 Toten der eingestürzten Textilfabrik in Bangladesch sind da nur ein dramatischer Höhepunkt.

Es ist eine Schande, dass es des Einsturzes dieser Textilfabrik bedurfte, um einigen großen Textilimporteuren die Verpflichtung abzutrotzen, Fragen der Gebäudesicherheit und des Brandschutzes in den Textilfabriken Südostasiens zu überprüfen und bestimmte Mindeststandards durchzusetzen. Dass überhaupt etwas in Bewegung gekommen ist, dafür war auch die Empörung und der Protest der zivilgesellschaftlichen Akteure in den Ländern der Endverbraucher wichtig. Armut, Ungerechtigkeit und Unterdrückung rufen zum Glück Solidarität hervor, leider immer noch viel zu selten.

Das erreichte Abkommen ist natürlich noch zu wenig. Erstens sind bisher nicht alle relevanten großen Textilkonzerne mit dabei, so fehlen z. B. Walmart und Gap. Zweitens reichen Mindeststandards zur Gebäudesicherheit und zum Brandschutz nicht aus. Der Skandal der extrem ausbeuterischen und zerstörerischen Arbeitsbedingungen besteht auch in anderen gesundheitsgefährdenden Faktoren, etwa dem Staub, in den übermäßig langen Arbeitszeiten, in der Rechtlosigkeit der Beschäftigten und schließlich in der extrem schlechten Bezahlung. Dabei würde sich eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Bezahlung am Ende der Handelskette in den Discounterläden und Supermärkten nur im Cent-Bereich auswirken.

Das Problem dieser menschenunwürdigen und lebensgefährlichen Arbeitsverhältnisse muss von beiden Seiten angegangen werden: vor Ort von den Beschäftigten und auf unserer Seite der Handelskette durch Nachfragemacht, durch kritisches Einkaufs- und Konsumverhalten. Eine wichtige Rolle spielt an dieser „Front“ die „Kampagne für Saubere Kleidung“ (international: Clean Cloths Campaign), an der sich unsere Gastautorin, Dr. Gisela Burckhardt, als Vertreterin von FEMNET beteiligt.

Eine große Nachfragemacht stellen auch die staatlichen und öffentlichen Institutionen dar. Bund, Länder, Kommunen und nachgeordnete Institutionen geben bei ihren Beschaffungsprozessen jedes Jahr Milliarden von Euro aus. Werden hier neben der Einhaltung von Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitskriterien auch bestimmte ökologische und soziale Mindeststandards an die Wertschöpfungskette angelegt, kann viel bewegt werden. Das 2011 in Nordrhein-Westfalen verabschiedete Tariftreue- und Vergabegesetz hat hierfür die Voraussetzungen in unserem Land deutlich verbessert. Es bleibt aber noch viel zu tun.

Unsere Stiftung hat in diesem Handlungsfeld in der Vergangenheit schon mehrere Projekte von Nichtregierungsorganisationen gefördert. Als Beispiel sei hier auf das Projekt des Eine Welt Netzes „Gerecht beschaffen“ hingewiesen (www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/1994).

Unser Stiftungsrat hat außerdem grünes Licht für die Beteiligung unserer Stiftung an einer Fachstelle gegeben, mit der nachhaltige Beschaffung öffentlicher Stellen in NRW in den nächsten fünf Jahren unterstützt werden soll. Die Fachstelle ist bei der Staatskanzlei im Verantwortungsbereich der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien angesiedelt. Sie wird von Dr. Lale Akgün geleitet. Bis Ende August wird ein Konzept ausgearbeitet und auf dessen Grundlage abschließend über die Realisierung des Projekts entschieden. Dabei wird es unter anderem darauf ankommen, Möglichkeiten der Kooperation mit bestehenden Initiativen zu identifizieren, die Schnittstellen der eigenen Aktivitäten zu diesen Akteuren zu bestimmen und bestehende Defizite und Leerstellen im Handlungsfeld zu erkennen. Wir werden darüber berichten.

Bleiben Sie engagiert!
Ihr Eberhard Neugebohrn

Fortsetzung von Seite 1

Moderne Sklaverei

Seit 1990 ist der Wert der Exporte von damals 600 Mio. US-Dollar auf 23 Milliarden Dollar im Jahr angestiegen. Inzwischen ist Bangladesch der zweitgrößte Strickwarenexporteur der Welt. Da die Lohnkosten in China gestiegen sind und Arbeitskräfte vor allen an der chinesischen Ostküste fehlen, wandern immer mehr Unternehmen in Länder mit billigeren Arbeitskräften ab. Selbst wenn Bangladesch seine Mindestlöhne anhebt – dies hat die Regierung unter dem öffentlichen Druck angekündigt –, bleiben die Löhne die weltweit niedrigsten in der Bekleidungsindustrie. Im Schnitt verdienen die gelernten Näherinnen derzeit maximal 50 Euro im Monat. Eine ungelernte Näherin bekommt nur 30 Euro, während der existenzsichernde Lohn nach Berechnungen der Asia Floor Wage Campaign bei rund 190 Euro liegt.

Das Abkommen über Gebäudesicherheit und Brandschutz

FEMNET und die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) bemühen sich seit über einem Jahr darum, Unternehmen zur Ratifizierung des von lokalen Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen in Bangladesch entwickelten Abkommens über Gebäudesicherheit und Brandschutz zu gewinnen. Bis zum 24. April hatten nur Tchibo und PVH unterzeichnet. Es bedurfte des Einsturzes einer Fabrik mit über 1.000 Toten und eines starken medialen Drucks, dass jetzt auch andere Unternehmen dem Abkommen beigetreten sind.

Rund 40 Unternehmen haben inzwischen das Abkommen unterzeichnet. Damit sind 1.000 bis 2.000 Fabriken in Bangladesch Teil des Verbesserungsprogramms. Die deutschen Unternehmen Tchibo, Esprit, Hess Natur, Aldi, Lidl, KiK, Ernstings Family, Otto und s.Oliver wollen sich beteiligen, ebenso ausländische Konzerne wie H&M, C&A, PVH (Calvin Klein, Tommy Hilfiger), Primark, Benetton sowie Abercrombie & Fitch. Allerdings gibt es auch Verweigerer: Der größte Einzelhändler der Welt, Walmart, und der ebenfalls große US-Modekonzern Gap wollen nicht unterzeichnen. Auch Metro und REWE haben bisher noch nicht unterzeichnet.

Das Abkommen umfasst unabhängige Sicherheitsinspektionen sowie verpflichtende Reparaturen und Renovierungen. Die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Gewerkschaften müssen einbezogen werden. Die unterzeichnenden Unternehmen verpflichten sich, für Instandhaltungskosten in ihren Zulieferbetrieben aufzukommen und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Die Beschäftigten haben das Recht, gefährliche Arbeit zu verweigern, wie es die Konvention 155 der International Labour Organization vorsieht.

Allerdings werden wesentliche Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen, auf die FEMNET und CCC seit vielen Jahren hinweisen, mit dem Abkommen nicht abgeschafft: Dazu gehören der viel zu niedrige gesetzliche Mindestlohn von 30 Euro pro Monat für eine Näherin, die zahlreichen, meist erzwungenen Überstunden bis in die Nächte hinein, das zu hoch angesetzte Produktionssoll, Lohnkürzungen bei Verweigerung von Überstunden, die Diskriminierung von Frauen durch männliche Vorgesetzte, kein besonderer Schutz von schwangeren Frauen und die Verhinderung der Organisierung der Beschäftigten in der Fabrik.

Die Regierung Bangladeschs will jetzt – vor allem aufgrund von Überlegungen in den USA und der EU, Zoll- und Quotenvergünstigungen für Bangladesch aufzuheben – Gewerkschaften in den Fabriken zulassen und den Mindestlohn erhöhen. Es bleibt abzuwarten, welche Taten den Worten folgen.

Wirkungslose Kontrollen

Die freiwilligen Verhaltenskodizes der Unternehmen und die Fabrikkontrollen sind meist wirkungslos. Oft werden die Kontrollen im Vorfeld angekündigt, so dass die sonst extrem verdreckten Toiletten geputzt und der verwaiste Raum für die Kinderbetreuung hergerichtet werden können. Frauen dürfen den – teilweise bestochenen – Kontrolleuren nicht die Wahrheit erzählen, sonst verlieren sie ihren Arbeitsplatz. Üblich ist auch die massive Fälschung von Lohnunterlagen. Damit sich an den verheerenden Produktionsbedingungen in der Modeindustrie tatsächlich etwas ändert, ist Druck auf die Auftraggeber im globalen Norden notwendig. Mit ihrer Marktmacht können die großen Handelshäuser und Markenproduzenten Einkaufspreise und Lieferzeiten diktieren.

Bislang können Unternehmen nicht für die Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen ihrer Lieferanten in Deutschland verklagt werden. Eine extraterritoriale Rechtsprechung existiert nicht. Darauf hat der Menschenrechtsrat der UN hingewiesen, der im Juni 2011 die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet hat. EU und Bundesregierung müssen diese Gesetzeslücke schließen und eine Unternehmensstrafbarkeit einführen.

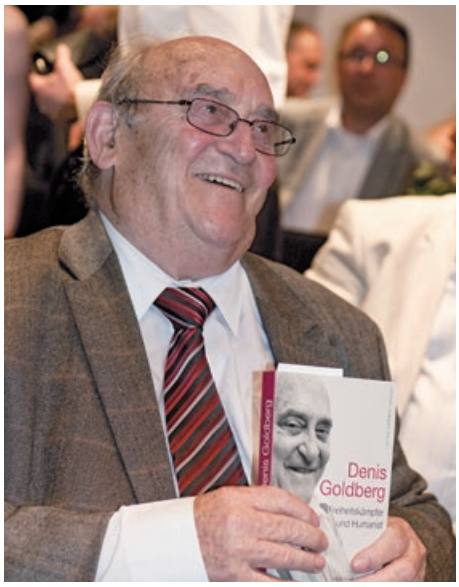
Verantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher

Unternehmen verweisen gerne auf die Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese seien nicht bereit, die höheren Kosten zu tragen. Da aber der Lohnanteil am Preis der Ware nur bei einem bis drei Prozent liegt, müsste eine Lohnerhöhung den Endpreis nicht wesentlich erhöhen. Zudem können sich die Verbraucherinnen und Verbraucher kaum unabhängig informieren: Unternehmen versorgen die Öffentlichkeit entweder gar nicht oder mit einseitigen Informationen. Dennoch haben auch die Verbraucherinnen und Verbraucher eine Verantwortung. Dabei geht es nicht darum, ein Produktionsland zu boykottieren. Es hilft den Frauen wenig, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Notwendig ist vielmehr die Reflexion des eigenen Kaufverhaltens.

Bei Ökosiegeln garantiert das GOTS-Label, der Global Organic Textile Standard, dass das Produkt zu mindestens 70 bzw. 95 Prozent aus biologisch produzierten Rohstoffen hergestellt wurde. Soziale Standards, allerdings nur für den Baumwollanbau, garantiert das Siegel von Fairtrade. Zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen in der Weiterverarbeitung der Baumwolle verpflichten sich die Mitgliedsunternehmen der Fair Wear Foundation (FWF). Dabei wird nicht das einzelne Produkt geprüft, sondern das ganze Unternehmen. Nur so kann davon ausgegangen werden, dass das Unternehmen seine Herstellungsbedingungen nachhaltig (nämlich für alle Produkte) ändert.

Dr. Gisela Burckhardt ist Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsvereinigung FEMNET. Unsere Stiftung fördert das Projekt „FairSchnitt – Studieren für eine sozial gerechte Modeindustrie“ von FEMNET mit 55.000 Euro.

Weitere Informationen unter www.femnet-ev.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4792



Denis Goldberg mit einigen Autorinnen und Autoren der Festschrift, links Guy Berger (Fotos: Peter E. Rytz)

Freiheitskämpfer und Humanist

Veranstaltung und Festschrift zum 80. Geburtstag von Denis Goldberg

Denis Goldberg ist ein außergewöhnlicher Zeitgenosse: Er kämpfte an der Seite Nelson Mandelas gegen das menschenverachtende Apartheidsystem in Südafrika und saß für seine Überzeugungen 22 Jahre im Gefängnis. Nach seiner Freilassung 1985 war Goldberg im Exil ANC-Sprecher für Europa, die USA und Kanada, und er engagiert sich bis heute für die benachteiligte schwarze Bevölkerung in Südafrika. Seit Mitte der 90er ist Denis Goldberg auch in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen unterwegs, mit Lesungen und Vorträgen. Für seine Verdienste um die deutsch-südafrikanischen Beziehungen und seinen Einsatz für eine gerechtere Welt erhielt er 2011 das Bundesverdienstkreuz.

Am 11. April 2013 wurde Denis Goldberg 80 Jahre alt. Unsere Stiftung, EXILE-Kulturkoordination und die Journalistin Birgit Morgenrath nahmen dies zum Anlass, eine Festschrift für den Jubilar herauszugeben. 22 Freunde und Wegbegleiter verfassten Beiträge über ihre Begegnungen und Erfahrungen mit Denis Goldberg. Bei einer Festveranstaltung am 25. April überreichten Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien NRW, und Dr. Alfred Buß, Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung, das Buch an Denis Goldberg. Zu der Veranstaltung in der Düsseldorfer Villa Horion waren rund 120 Gäste gekommen. Eine gelungene Überraschung war die Teilnahme von Guy Berger. Er saß als Anti-Apartheid-Aktivist von 1980 bis 1983 im Gefängnis und beschrieb in seiner Rede, wie sehr ihn sein Mithäftling Denis Goldberg in dieser schweren Zeit unterstützt hatte. Aus Berlin war der Gesandte der Botschaft der Republik Südafrika, Horst Brammer, nach Düsseldorf gekommen. Weitere Redner waren Ministerin Schwall-Düren, Tina Jerman, Geschäftsführerin von EXILE-Kulturkoordination, und Alfred Buß.

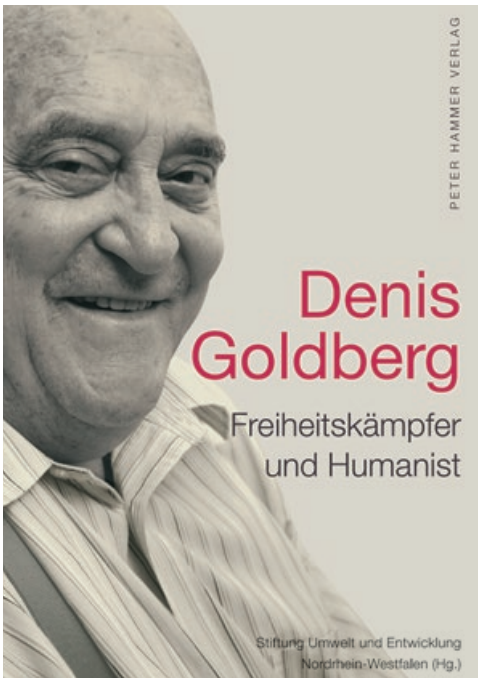
Alfred Buß gratuliert Denis Goldberg.

Auszüge aus der Rede von Dr. Alfred Buß

Freiheitskämpfer und Humanist: Diese beiden Charakterisierungen wurden bereits in Ihrer Kindheit angelegt. Ihre Eltern lebten Ihnen den Kampf für eine gerechtere Welt vor. Beide stammten aus Familien, die im 19. Jahrhundert wegen der Bedrohung durch antisemitische Pogrome aus Litauen geflohen waren. Sensibel für jede Art von Diskriminierung, engagierten sich Ihre Eltern in der Kommunistischen Partei Südafrikas. Bei Demonstrationen fuhr Ihr Vater an der Spitze des Zuges seinen mit Transparenten geschmückten Lastwagen – und Sie, noch ein kleiner Junge, saßen dabei manchmal vorne auf der Kühlerhaube.

Ihre Eltern lebten Ihnen aber auch vor, was genauso wichtig ist: dass alle Menschen gleichberechtigt, gleich wertvoll sind. In Ihrem Elternhaus kamen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zusammen, Menschen aus unterschiedlichen Konfessionen und mit unterschiedlichen Hautfarben. Das war im Apartheidstaat Südafrika ein riskantes Unterfangen und es ist – leider – bis heute in den meisten Ländern für viele Menschen nicht selbstverständlich.

Um es ironisch auszudrücken: Hätten Ihre Eltern anders gelebt und wäre nicht auch noch Ihre Lehrerin „Miss Cook" hinzugekommen, die ihre Schüler ebenfalls lehrte, alle Menschen gleichermaßen zu achten, hätten Sie ein angenehmes Leben führen können. Sie machten 1949 das Abitur, studierten. Mitte der 50er Jahre hatten Sie als Bauingenieur einen guten Arbeitsplatz gefunden. Sie waren verheiratet und hatten eine kleine Tochter, etwas später wurde Ihr Sohn geboren. Für die meisten Menschen wäre damit die Welt in Ordnung gewesen. Sie aber empfanden dieses Leben als ungerechtes Privileg einer Minderheit. Deshalb setzten Sie und auch Ihre Frau Esmé sich dafür ein, dass die große Mehrheit der Südafrikaner, die schwarze Bevölkerung, die gleichen Chancen auf ein würdiges Leben haben sollte. Sie arbeiteten – zunächst am Rande der Lega-



Die Festschrift

Das von der Stiftung herausgegebene Buch „Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist“ ist weit mehr als eine Festschrift: Es ist Ausdruck tiefer Bewunderung für einen Mann, dessen Einsatz für Freiheit und Toleranz auch nach 22 Jahren Haft nicht nachgelassen hat. 22 Weggefährten aus Südafrika, Deutschland, Großbritannien und Schweden erzählen ihre persönliche Geschichte mit Denis Goldberg: vom vereinten Kampf gegen die Apartheid, von der geteilten Zeit im Gefängnis oder von gemeinsamen Projekten nach der Demokratisierung Südafrikas.
Das Buch umfasst 240 Seiten, enthält zahlreiche Fotos und kostet 19,90 Euro. Es ist im Buchhandel oder direkt beim Peter Hammer Verlag (www.peter-hammer-verlag.de) zu beziehen.

lität, dann im Untergrund – für den ANC. 1963 wurden Sie gemeinsam mit anderen aus der Führungsspitze der Untergrundorganisation des ANC verhaftet und es kam zum berühmten Rivonia-Prozess. Er endete 1964 für Sie, für Nelson Mandela und für sechs weitere Angeklagte mit jenem zweideutigen Wort: life. Es bedeutete einerseits „lebenslänglich“, andererseits hieß es, dass Sie nicht zum Tode verurteilt wurden, dass Sie weiter leben durften. Sie haben gelacht damals und laut gerufen: „Life! Life is wonderful.“ Sie waren der einzige Weiße unter den Verurteilten. Deshalb wurden Sie nicht mit Mandela und den anderen Mitkämpfern auf der Gefängnisinsel Robben Island inhaftiert, sondern in Pretoria. Denn Apartheid galt selbst im Gefängnis.

Typisch für Denis Goldberg war – und ist bis heute – sein Humor. Der Festschriftbeitrag von Guy Berger beginnt mit folgenden Sätzen: „‘Mach dir nichts draus, Du hast nur ein Knöllchen gekriegt.’ Mit diesen Worten begrüßte mich ein glucksender und freudestrahlender Denis Goldberg 1981 im Zentralgefängnis von Pretoria. Ein Jahr zuvor hatte man mich zu sieben Jahren verurteilt. (...) Ich hatte ungefähr zehn zermürbende Haftmonate hinter mir – mit erheblichem Schlafentzug, Einzelhaft, dem Gerichtsprozess und noch mehr Einzelhaft. (...) Ich war also nicht gerade in der besten körperlichen und seelischen Verfassung. Aber der Witz mit dem ‚Knöllchen‘ von einer lebenden Legende und einem Veteranen mit damals schon 17 Jahren Haft auf dem Buckel, viele davon unter unmenschlichen Bedingungen, ließ jegliches Selbstmitleid meinerseits sofort verfliegen.“

Am 28. Februar 1985, nach 7.904 Tagen Haft, kamen Sie endlich frei. Ihre Entlassung im Jahr 1985 war eine Art Versuchsballon des Apartheid-Regimes, einen Kompromiss mit dem ANC finden. Wenige Monate später begannen die geheimen Gespräche zwischen Vertretern der südafrikanischen Regierung und Nelson Mandela. Sie haben sich die Entscheidung, auf das Angebot der Regierung einzugehen, nicht leicht gemacht. Noch vor Ihrer Freilassung hatten Sie in einem eindrücklichen Brief an Premier Botha klargestellt, dass Sie Ihren Idealen nicht abschwören würden, dass Sie sich nicht kaufen ließen. Aber Sie waren zu der Überzeugung gekommen, dass Sie dem Kampf gegen die Apartheid außerhalb der Gefängnismauern besser dienen könnten.

Als Sie ins Exil nach London kamen, ging „der Auftrag“ – so lautet auch der Titel Ihrer Autobiographie – weiter. Sie erfüllten ihn auf vielfältige Weise: Sie vertraten den ANC vor der UNO, Sie waren 1988 Mitorganisator des legendären Konzertes „Free Nelson Mandela“ im Londoner Wembley-Stadion, Sie reisten durch ganz Europa, um Menschen für die Anti-Apartheid-Bewegung zu gewinnen. Wie entschieden, phantasievoll und erfolgreich Sie dabei waren, machen mehrere Beiträge der Festschrift deutlich.

1990 wurde endlich auch Nelson Mandela freigelassen und bei den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika zum Präsidenten gewählt. Spätestens da hätten Sie, lieber Herr Goldberg, sehr zufrieden sagen können: Auftrag erfüllt. Oder, so ein Schülerzitat aus dem Buchbeitrag der Essener Lehrerin Maria Rosery: „Cooler Opa! Der Mann kann nicht nur reden, er hat auch was zu sagen. Und er tut immer was, obwohl er doch locker chillen könnte.“

Ja, Sie engagieren sich immer noch. Für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Südafrika, für eine gerechtere Welt, für Toleranz und Menschlichkeit. Sie tun dies mit all Ihrer Kraft, mit Ihrer Erfahrung und mit Ihrer besonderen Gabe, Menschen anzusprechen. Wir alle hier sind sehr dankbar, dass Sie dabei immer wieder auch zu uns, nach Nordrhein-Westfalen, kommen. Sie leisten damit einen enormen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, aber auch zu einem toleranten und humanen Miteinander bei uns.

fotolia/Andreas Böhm

Bedrohte Menschenfreunde

Bienenvölker sind in Gefahr

Der 29. April 2013 war ein guter Tag für die europäischen Imker und ihre Bienen. Zwar konnten sich die EU-Mitgliedsstaaten auch im zweiten Anlauf nicht auf ein Verbot der drei Pestizide Clothianidin, Imidiaclopdrid (beide von Bayer) und Thiamethoxam (Syngenta) einigen. Die drei Neonikotinoide stehen im Verdacht, mit verantwortlich zu sein für den Tod vieler Bienenvölker. Da aber weder Befürworter noch Gegner eine Mehrheit erzielten, war die EU-Kommission am Zug und folgte dem Vorschlag von EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg. Ab dem 1. Dezember 2013 wird die Anwendung bei Sonnenblumen, Raps, Mais und Baumwolle, die alle von Bienen besucht werden, zunächst für zwei Jahre verboten.

Nach einer Untersuchung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) bergen die drei Pflanzenschutzmittel große Risiken für Bienen. Die systemischen Insektizide blockieren wichtige Rezeptoren im Gehirn von Insekten, was zu Orientierungslosigkeit und mitunter auch zum Tod führt. Wenn es die Bienen mit dem verseuchten Nektar dennoch bis in den heimischen Stock schaffen, schädigen sie damit das gesamte Volk. Wegen der angeblich mangelhaften Datengrundlage hatten einige Hersteller von Pestiziden die Studie kritisiert.

In Deutschland wurde der Einsatz der Neonikotinoide bereits nach einem Bienensterben im Jahr 2008 bei Getreide und Mais verboten und ist seither bei Raps und Zuckerrüben nur noch eingeschränkt erlaubt. Aktuell hat die Efsa mit dem Insektizid Fipronil ein weiteres Pflanzenschutzmittel als gefährlich für Honigbienen eingestuft, wenn es zur Saatgutbehandlung von Mais eingesetzt wird.

Da Bienen rund 80 Prozent aller Nutzpflanzen bestäuben, werden die seit längerem verzeichneten weltweiten Bestandsrückgänge mit großer Sorge beobachtet. Zwar sterben bei uns ohnehin Jahr für Jahr rund zehn Prozent eines Bienenvolkes an Kälte und Futtermangel, doch zuletzt ist die Sterblichkeitsrate noch einmal deutlich angestiegen. So verendeten im Winter 2011/2012 überdurchschnittlich viele Bienen, und im Frühjahr gingen weitere knapp 300.000 Völker am Befall durch die Varroa-Milbe zugrunde.

Das „Deutsche Bienenmonitoring“, eine von acht deutschen Bieneninstituten gemeinsam mit Imkerverbänden sowie Vertretern der Agrarindustrie und verschiedener Landesministerien durchgeführte Langzeitstudie, macht den aus Südostasien eingeschleppten Parasiten hauptverantwortlich für das Bienensterben. Die Varroa-Milbe vermehrt sich in der Brut und ernährt sich vom Blut der Bienen. Durch die Bisswunden erhöht sich zudem die Gefahr einer Infektion mit gefährlichen Viren. Imker bekämpfen die Milbe mit Ameisen- und Oxalsäure, haben aber zunehmend Probleme mit Resistenzen. Außerdem reicht sukzessive ein deutlich geringerer Befall mit Varroa-Milben aus, um ein Bienenvolk auszurotten.

Die Widerstandskraft der Tiere ist offensichtlich geschwächt. Einen weiteren Grund dafür – neben dem Pestizideinsatz – sehen Experten in der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft. Die setzt auch anderen Bewohnern dieses Lebensraumes – etwa den Feldvögeln – nachweislich zu. Effiziente Monokulturen haben Fruchtwechsel sowie blumenreiche Ackerränder und Hecken vielerorts verdrängt. Sobald die Obstbaumblüte vorüber ist, finden Bienen kaum noch Nahrung. Auch der zunehmende Transportstress belastet viele Bienenvölker, die von Feld zu Feld gefahren werden, um großflächige Anlagen zu bestäuben.

Wie für andere Arten wird die Stadt auch für Bienen zu einem wichtigen Lebensraum. Während auf dem Land Ackerkräuter wie Mohn oder Kornblume kaum noch zu finden sind, wachsen in Stadtparken, städtischen Gärten, auf Brachen und selbst auf Balkonen immer mehr Blumen. Auch viele Städter entdecken die Imkerei als Hobby. So ist nach Angaben des Berliner Imkerverbandes die Zahl der Imker in der Bundeshauptstadt in den letzten fünf Jahren um 50 Prozent angestiegen. Die Initiative „Berlin summt!“ begeistert immer mehr Hauptstädter für den Schutz der Bienen und ihrer Lebensräume und ist seit 2011 auch in München aktiv (www.muenchen-summt.de).

Unsere Stiftung hat 2011 ein regionales Imkerzentrum für den Kreis Steinfurt mit 59.500 Euro gefördert.

⇢ Weitere Infos unter www.kiv-steinfurt.de, www.imkervereinrheine.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3396

Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru

Ablehnung scheitert im Bundesrat

Am 3. Mai stimmte der Bundesrat mit knapper Mehrheit der Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Kolumbien und Peru durch Deutschland zu. Vorausgegangen war eine mehr als zwei Jahre dauernde Kampagne von NGOs und Gewerkschaften in einer ganzen Reihe europäischer Länder gegen dieses Abkommen.

Die Kampagne war, gemessen an der Ausgangssituation zu Beginn der Verhandlungen über das Abkommen 2010, sehr erfolgreich. Nachdem die WTO-Verhandlungen vor zehn Jahren in der Selbstblockade versanken, setzte die EU mehr und mehr auf bilaterale Handelsabkommen mit denselben Inhalten. Allerdings flaute die globalisierungskritische Bewegung parallel zur WTO ebenfalls ab – doch mittlerweile beginnt sich das wieder zu ändern.

Kritikpunkte gibt es viele. Das Abkommen soll europäischen Unternehmen einen ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen dieser Länder verschaffen. Dabei wird in Kauf genommen, dass die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme durch den Rohstoffabbau weiter zunehmen und die dadurch ausgelösten Konflikte sich verschärfen. Hauptursache dieser Konflikte sind Bergbau und Ölförderung, zum Großteil für den Export. Bei Verstößen gegen Regeln zu Dienstleistungen, Warenhandel und Rechten an geistigem Eigentum drohen Sanktionen, bei Verstößen gegen Menschenrechte oder internationale Umweltnormen höchstens Gespräche.

Mit der im Freihandelsabkommen festgeschriebenen Finanzliberalisierung droht die EU ihre eigenen Regulierungsversuche zu konterkarieren. Es ist nicht nachvollziehbar, warum auf EU-Ebene versucht wird, eine gemeinsame Bankenaufsicht, Kapitalverkehrskontrollen und Transparenz im Finanzbereich durchzusetzen, dies im Freihandelsabkommen aber nicht angemessen berücksichtigt wird. Auch hier braucht es eine kohärente europäische Finanz- und Handelspolitik. Mit den im Freihandelsabkommen verankerten Regelungen zur Liberalisierung der Finanzströme besteht die Gefahr, dass Geldwäsche und Steuerhinterziehung zunehmen – und das angesichts der aktuellen Debatte über Steuerhinterziehung, Steueroasen und Schlupflöcher!

Im Europaparlament wurde das Abkommen mehrheitlich angenommen, auch mit den Stimmen der meisten SPD-Abgeordneten. Da es sich um ein „gemischtes Abkommen“ handelt, das sowohl in die Kompetenz der EU als auch der Mitgliedsstaaten fällt, muss es nicht nur im Europaparlament, sondern auch von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden – in Deutschland also von Bundestag und Bundesrat. Die intensive Lobbyarbeit von NGOs und Gewerkschaften trug dazu bei, dass im Bundestag sämtliche Oppositionsfraktionen gegen das Abkommen stimmten.

Wer aber glaubte, dass damit die Ablehnung des Abkommens im von der Opposition dominierten Bundesrat gewiss sei, sah sich getäuscht. Erst nach der Bundestagsabstimmung am 21. März fiel den beteiligten Akteuren auf, dass der Bundesrat in erster Lesung am 1. Februar das Abkommen ohne Debatte durchgewunken hatte – alle Länder, alle Parteien, einstimmig.

Die Landesregierungen und Ministerpräsidenten sahen sich dann mit einer ganzen Reihe von Briefen konfrontiert, nicht nur von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, sondern auch von Gewerkschaften, Bauernorganisationen und natürlich von ihren eigenen Bundestagsfraktionen.

Kaum zu glauben war für uns aber, welch enormen Aufwand ausgerechnet die Zivilgesellschaft betreiben musste, um sicherzustellen, dass SPD, Grüne und Linke im Bundesrat genauso abstimmen wie im Bundestag. Bis einen Tag vor der Abstimmung war es unklar, wie sich mehrere Länder verhalten würden. Für die Ratifizierung war eine absolute Mehrheit erforderlich – d. h. Enthaltungen sind genauso wie Nein-Stimmen eine Nichtzustimmung. Das Ergebnis war, dass in denjenigen sieben Ländern, in denen die SPD mit den Grünen und Linken regiert, dem Abkommen nicht zugestimmt wurde, weil die Koalitionspartner der SPD eine Nichtzustimmung verlangten. Dagegen stimmten die sechs Länder, in denen die SPD alleine oder mit der CDU regiert, zu. Zusammen mit den drei schwarz-gelben Ländern reichte es hauchdünn für eine Mehrheit. Hamburgs SPD-Alleinregierung gab den Ausschlag.

Wenn Umwelt- und Entwicklungspolitik durch eine nach wie vor umgebremste Liberalisierungs-Ideologie der EU-Kommission konterkariert werden, müssen die Mitgliedsstaaten gegensteuern. Vor diesem Hintergrund war das, was sich die Landesregierungen im Bundesrat bei diesem Abkommen geleistet haben, ausgesprochen enttäuschend. Die nächsten Freihandelsabkommen befinden sich in der Pipeline. Wir sind sehr gespannt, wie die Abstimmungen darüber verlaufen werden.

Proteste gegen das Conga Goldminen-Projekt, Peru (AP Photo/Martin Mejia)

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung

Alleweltonair

Bürgerfunk aus dem Allerweltshaus

„Das Radio ist ein wunderbares Instrument, um Visionen und Universen, Träume und Kämpfe zu verbreiten.“ Von diesem Satz der uruguayischen Radiomacherin Graciela Presa-Peyrán lässt sich seit 2005 alleweltonair inspirieren, die Bürgerfunkgruppe im Allerweltshaus e. V. in Köln. Die Themen unserer Sendungen kommen aus aller Welt. So informiert die Ehrenfelder Gruppe von Amnesty International über inhaftierte Menschenrechtler in China, Rückkehrerinnen der Peace Brigades erzählen von ihren Erlebnissen und in Köln lebende Mexikaner berichten über die Absicht ihrer Regierung, in Mexiko den Anbau von gentechnisch verändertem Mais zuzulassen.

All diese Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichen Erfahrungen produzieren gemeinsam seit Anfang 2012 ein neues Audio-Magazin: „grenzenlos – journal für menschenrechte und entwicklung“. Begleitet werden sie dabei von den Trainerinnen von alleweltonair; gesendet wird im Bürgerfunk bei Radio Köln 107,1 FM.

Für das neue Magazin oder auch thematische Feature-Reihen organisiert alleweltonair Workshops mit professionellen Rundfunk-Journalistinnen. Die Trainerinnen kommen vor allem aus dem Globalen Süden: Marta Romo, Mexiko, hat die Startphase von grenzenlos intensiv begleitet. Ihre Reihe „De Puntitas“ wurde von der UNESCO als Hördokument ins Weltkulturerbe der Menschheit aufgenommen. Graciela Presa-Peyrán, die Gründerin des „Colectivo Independiente de Radio TESTIMONIOS“, Montevideo, gab mit ihrer Leidenschaft für das Radiomachen den Anstoß zur Gründung von alleweltonair und begleitet als Trainerin die Featurereihen.

Nach dem zweijährigen Schwerpunkt Mexiko steht aktuell Indien im Mittelpunkt. In der Reihe „Indien in Bewegung“ begleitete alleweltonair die Mobilisierung der indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad, die im Oktober 2012 mit einem Marsch von 65.000 Landlosen der indischen Regierung ein Abkommen für eine umfassende Landreform abgerungen hat.

Foto: Herbert Sauerwein

Entstanden ist eine lebendige Feature-Reihe. Produziert von und mit Engagierten aus Köln, allen voran dem Verein der Freunde von Ekta Parishad. Die Reihe nähert sich dem Thema aus verschiedensten Blickwinkeln. Die erste Sendung machte die Hörerinnen und Hörer mit einer indischen Biobäuerin bekannt, die zu Besuch in Köln war. Es folgten Interviews mit indischen Menschenrechtlern und Basisaktivisten, etwa mit Vandana Shiva über die anhaltenden Selbstmorde indischer Bauern. Ein weiterer Gesprächspartner war Rajagopal P.V., Koordinator der Landlosenbewegung Ekta Parishad, der zuletzt im Dezember 2012 als Gastredner der Universität zu Köln über die Mobilisierungen in Indien berichtete.

In der aktuellen Audioreihe, erstellt in Zusammenarbeit mit TESTIMONIOS, Montevideo, geht es um eine erste Annäherung an das Thema Genozid. „Wie behandelt die Welt ihre Tragödien?“, fragen sich die Autorinnen.

Eine Auswahl der Features finden Sie als Podcast auf www.alleweltonair.de.

Die Stiftung hat seit 2005 verschiedene Projekte von alleweltonair mit insgesamt rund 153.000 Euro gefördert. Ohne diese Unterstützung wären der Aufbau und die Entwicklung von alleweltonair in den letzten sieben Jahren in dieser Form definitiv nicht möglich gewesen.

Brigitte Lang ist Koordinatorin von alleweltonair. Sie kommt aus der Menschenrechtsarbeit zu Lateinamerika und ist seit einem Praktikum bei TESTIMONIOS im Bürgerfunk in Köln aktiv.

Bürgerfunk – Stimme des Volkes

Der Bürgerfunk in NRW ist ein bundesweit einzigartiges Modell, das die kommerziellen Lokalradios gesetzlich verpflichtet, eine Stunde täglich für selbstproduzierten Bürgerfunk zur Verfügung zu stellen. Bei der letzten Novellierung wurde der Bürgerfunk stark eingeschränkt; es wird geschätzt, dass mehr als zwei Drittel der ehemals 1.800 Bürgerfunkgruppen in NRW inzwischen die Arbeit eingestellt haben. Derzeit ist eine erneute Novellierung in Arbeit.

Medien und Moneten

Zur PR-Arbeit unserer Fördernehmer

Wir freuen uns jedes Mal, wenn wir bei Internetrecherchen oder durch Informationen der Projektträger auf Medienberichte zu von uns geförderten Projekten stoßen. Etwas weniger groß ist die Freude, wenn selbst bei langen Artikeln kein Hinweis auf unsere Fördertätigkeit zu finden ist. Dies hat weniger mit unserer Eitelkeit zu tun, der Grund ist vielmehr: Die Existenz unserer Stiftung und der Umfang ihrer Finanzierung ist vom politischen Willen abhängig. Die mediale Resonanz zur Stiftungstätigkeit spielt dabei durchaus eine Rolle. Anders ausgedrückt: Viele positive Artikel zu geförderten Projekten, bei denen auf die Finanzierung durch die Stiftung hingewiesen wird, machen es wahrscheinlicher, dass auch bei zukünftigen Sparhaushalten oder anderen Regierungskoalitionen genügend Fördergelder vorhanden sind.

Uns ist bewusst, unter anderem aufgrund eigener Erfahrungen in Redaktionen, dass die Journalisten entscheiden, welche Informationen sie in ihre Texte aufnehmen. Wir stellen aber fest, dass bei einigen Projektträgern fast in jedem Medienbericht auf die Stiftung hingewiesen wird. Und wir erhalten zu einigen Projekten umfangreiche Pressespiegel, wo die Stiftung in keinem Artikel erwähnt wird. Wer es schafft, so viel Aufmerksamkeit zu erreichen, hat meistens gute Verbindungen zu Redaktionen. Hier ist es sicher einen Versuch wert, den Journalisten im Gespräch deutlich zu sagen, dass die Finanzierung durch unsere Stiftung eine wichtige Unterstützung oder sogar Voraussetzung für Ihr Projekt war.

Auch durch Ihre Pressemitteilungen erhöhen Sie die Wahrscheinlichkeit, dass die Stiftung in den Medienberichten vorkommt. Erste Voraussetzung, und wir schreiben das aus mehrfach gegebenem Anlass: Sie selber müssen in Ihren Presseinformationen die Stiftung erwähnen. Häufig geschieht das am Ende des Textes mit einer Bemerkung wie: *Das Projekt wurde gefördert von der Stiftung* … Das ist in Ordnung, wenn der Text nicht gekürzt wird. Da aber in den Redaktionen gerne schlicht hinten abgeschnitten wird, wenn der Artikel kürzer sein soll, ist die „Abbinderlösung“ nicht die beste. Erfolgversprechender ist eine Erwähnung in den ersten Sätzen, etwa so: *Das von der Stiftung … mit 50.000 Euro geförderte Projekt beginnt mit einer Veranstaltung für Schüler.* Gute Chancen auf Veröffentlichung bestehen auch, wenn Sie die Stiftungsförderung in ein Zitat einbauen.

Wir würden uns, in unserem gemeinsamen Interesse, freuen, wenn Sie bei Ihrer Öffentlichkeitsarbeit die Rolle der Stiftung angemessen betonen. Und wir bedanken uns bei allen, die dies bereits erfolgreich tun!

Nochmals geändert: Finanzierung von EpIB

Landtag beschließt weitere Förderung des Programms

In der letzten Ausgabe der „Resultate“ hatten wir berichtet, dass die Stiftung 2013 das NRW-Programm „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (EpiB) finanzieren würde. Dies war notwendig geworden, weil die Landesregierung aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Finanzierung von Kleinprojekten nicht mehr übernehmen wollte.

Auf Initiative der Fraktionen von SPD und Grünen beschloss jedoch der Haushaltsausschuss des Landtages Mitte März, im Etat für 2013 150.000 Euro für das EpIB-Programm bereitzustellen. Das ist sehr erfreulich, bedeutet allerdings gegenüber den Vorjahren eine Reduzierung von 100.000 Euro. Die Stiftung berät daher zurzeit, ob sie diesen Differenzbetrag aus ihren Mitteln finanzieren wird.

Weitere Informationen zu EpIB unter www.engagement-global.de/angebote-a-z.html

fotolia/VRD

WAS WURDE AUS ...

den Projekten der NABU-Naturschutzstation Haus Wildenrath?

Foto: NABU

Der NABU-Landesverband hat Haus Wildenrath im Jahr 2003 übernommen. Seither wird die Hofanlage, die auch als Biologische Station für den Kreis Heinsberg und die Stadt Mönchengladbach fungiert, mit Unterstützung unserer Stiftung als Umweltbildungsstätte ausgebaut. Zwischen 2006 und 2008 haben die Mitarbeiter der Station gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ehrenamtlichen Helfern die Grundlagen für ein neues, rund 2,2 Hektar großes Naturerlebnisgelände rund um das Haus Wildenrath gelegt, das seither kontinuierlich wächst. Lernorte wie der Kescherteich, die Insektenwand oder der Schulgarten werden künftig durch eine Wildbienen-Nistburg oder einen NaturErlebnisPfad ergänzt.

Im Jahr 2009 hat die Naturschutzstation gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland begonnen, auf einer ehemaligen Pfirsichplantage zwischen Wildenrath und Wassenberg den 1. Rheinischen Obstsortengarten aufzubauen. Auf gut vier Hektar ist Platz für rund 1.000 Bäume mit 500 Obstsorten, die auf Streuobstwiesen, an Spalieren, in Obstalleen und im Anzuchtgarten stehen werden. Besucher und einheimische Gäste können dieses lebendige Archiv genetischer Vielfalt mit alten Apfel-, Birnen- und Pfirsichsorten wie „Aegidienberger Seidenhemdchen“ oder „Wasserberger Sämling“ auf einem Obstwiesenrundweg sowie bei Ausstellungen, Versaftungsaktionen und Obstfesten erleben. Unsere Stiftung hat auch dieses Projekt gefördert.

18 Jugendliche aus Armenien, der Ukraine, Brasilien, Malaysia, Japan, Südkorea, Costa Rica, Australien, Estland und Deutschland absolvierten im August 2010 ein internationales, von unserer Stiftung unterstütztes Workcamp in der Naturschutzstation. Die Teilnehmer erarbeiteten im künftigen Rheinischen Obstsortengarten einen Picknickbereich mit einer Holzpergola sowie Naturerlebniselementen für Kinder und verzierten einen alten Kanalring mit Mosaiken, in denen später ein Beet für alte Erdbeersorten angelegt wurde. Abschließend bereiteten die Jugendlichen die Spalierkonstruktion für eine Hecke mit Beerenobst vor, die den Picknickbereich umschließen wird.

Mit dem aktuellen Projekt „Regionale Wertschöpfungskette Streuobst“ baut die NABU-Naturschutzstation Haus Wildenrath ein nachhaltiges Kompetenznetzwerk zu Streuobst und Streuobstwiesen auf. Streuobstbestände mit hochstämmigen Obstbäumen auf Wiesen, Weiden oder Mähweiden sind ein prägender Bestandteil mitteleuropäischer Kulturlandschaften und gleichzeitig hot spots der Biodiversität. Über 3.000 Obstsorten sowie mehr als 5.000 Tier- und Pflanzenarten finden auf Streuobstwiesen einen Lebensraum.

Wegen ihrer großen Bedeutung für die Natur- und Kulturlandschaft bemüht sich der Kreis Heinsberg seit langem darum, bestehende Streuobstwiesen zu erhalten, zu schützen und die Anlage sowie Pflege neuer Obstwiesen zu fördern. Das ist auch notwendig, denn alleine in Nordrhein-Westfalen ist der Bestand an Streuobstwiesen in den letzten 50 Jahren um rund 75 Prozent zurückgegangen. Im Rheinland wurden zwischen 1970 und 1973 etwa eine Million Obstbäume gefällt. Deshalb wird dieser Lebensraum in der Roten Liste der „gefährdeten und vom Aussterben bedrohten Biotoptypen“ aufgeführt.

Zu den Maßnahmen des ebenfalls von uns geförderten Projektes gehören der Erhalt, die Pflege und der Schutz bestehender sowie die Pflanzung und Pflege neuer Streuobstwiesen. Mit der Entwicklung einer Regionalmarke Streuobst sollen Ernte, Verarbeitung und Vermarktung des Obstes wieder profitabel werden. Fortbildungen, etwa zum „Obstbaumwart“, und eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit sind weitere Zielsetzungen des Netzwerks. Die Stiftung hat die Projekte der NABU-Naturschutzstation Wildenrath mit insgesamt 284.146,56 Euro gefördert.

Weitere Informationen unter www.nabu-wildenrath.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3182, U-3380, U-3391 und U-3474

Neu geförderte Projekte

16. Februar 2012 bis 15. Mai 2013
Fördervolumen: 1.231.135 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, U = Umwelt, Z = fachübergreifende Themen).

⇢ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

China – der heiß ersehnte Partner Afrikas?! 27.1.2013–30.4.2013
Ethiopian German Forum e. V. E-4827
Konferenz zur chinesischen Afrikapolitik, zur wechselseitigen Migration und zur Zukunft der chinesisch-afrikanischen Beziehungen 8.500 €

Den Mutigen eine Stimme geben 1.5.2013–31.12.2014
Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e. V. E-4829
Entwicklung einer Plakatausstellung und einer Broschüre zur Presse- und Meinungsfreiheit in Südostasien; Begleitveranstaltungen zur Wanderausstellung 17.940 €

Neugestaltung des Webauftritts 1.1.2013–30.9.2013
Asienstiftung E-4830
Modernisierung der Homepage, u. a. durch Social-Media-Formate, Intranet und mehr Barrierefreiheit 8.350 €

Erkennbar einladend – Baumaßnahme 1.4.2013–28.2.2014
Welthaus Bielefeld e. V. E-4831
Umbau eines Ladenlokals zum Empfangsbereich des Welthauses, mit Informationsangeboten, Fair-Trade-Verkaufsstand und Café-Bereich; außerdem Schulungen für Ehrenamtliche 77.000 €

Ausstellung Weltgarten 2013–2015 1.5.2013–31.12.2015
Eine Welt Netz NRW e. V. E-4833
Die Ausstellung „Weltgarten“ soll mit den Schwerpunkten „Welt im Wandel“ und „Konsum und Lebensstil“ weiterentwickelt und in den Zoos in Münster und Köln präsentiert werden. 111.415 €

Entwicklungspolitisches Bildungslabor Lateinamerika 1.4.2013–31.3.2014
Informationsbüro Nicaragua e. V. E-4834
Entwicklung und Erprobung von Workshop-Konzepten und Bildungsmaterialien zu Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika; Durchführung eines Multiplikatoren-Seminars 35.000 €

Medizinische Versorgung/Gesundheit und Katastrophen 15.2.2013–28.2.2014
Bündnis Entwicklung Hilft E-4835
Analyse zur medizinischen Versorgung in Entwicklungsländern; Veröffentlichung der Ergebnisse in einem Bericht und bei mehreren Veranstaltungen 31.000 €

BRIDGE-IT! 2013 – Schulpartnerschaftsprojekte 15.4.2013–31.12.2013
Kumulus e. V. E-4836
Ausbau des Wettbewerbs „Bridge IT! Award“, der Schulpartnerschaften mit Entwicklungsländern honoriert, die von Schülern getragen werden 7.700 €

Globales Lernen: Lernort Weltladen in Köln 1.6.2013–31.5.2015
Forum Eine Welt e. V. E-4838
Ausbau der Bildungsarbeit, u. a. durch Multiplikatoren-qualifizierungen, Angebote für Schulen und Erwachsene, Einrichtung einer Mediathek zum Globalen Lernen und Infomaterialien 44.900 €

Internetseite und Datenbank 1.7.2013–30.6.2015
FilmInitiativ Köln e. V. E-4839
Erweiterung der Internetseite www.filme-aus-afrika.de und der Datenbank zu Afrika-Filmen; u. a. didaktische und entwicklungs-politische Informationen zu Themen und Ländern 96.000 €

Deutsche Unternehmen und Kakaoanbau 15.5.2013–31.12.2013
Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene E-4840
Studie zum Kakaoanbau in Nigeria und den daraus resultierenden sozialen und ökologischen Problemen. Die Ergebnisse werden bei mehreren Veranstaltungen präsentiert. 17.000 €

Fachtagung „Africa 3.0“ 25.4.2013–31.12.2013
Africa Positive e. V. E-4843
Fachtagung zur Berichterstattung über Afrika in der europäischen Presse 19.100 €

WortWelten – Autoren aus den südlichen Kontinenten 28.5.2013–31.12.2013
Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e. V. E-4845
Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „WortWelten“ mit Autoren aus Ländern des Südens. Schwerpunkte sind entwicklungs-, migrations- und umweltpolitische Aspekte. 6.310 €

Umweltbildungsarbeit im Großen Torfmoor 1.4.2013–31.3.2015
NABU Kreisverband Minden-Lübbecke e. V U-3510
Entwicklung von Arbeitsstrukturen und zielgruppenspezifischen Angeboten im neuen Umweltbildungszentrum „Moorhus“; außerdem u. a. Veranstaltungen und Fortbildungen 103.000 €

Klimaschutz Öffentlich – verankert! 15.3.2013–31.3.2014
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. U-3512
Fortsetzung der Kampagne „Klimaschutz – jeder, jeden Tag!“ in Leverkusen und Köln, mit Informationsständen, öffentlichen Auszeichnungen, Medienarbeit und Veranstaltungen 99.130 €

Köln kartiert 1.6.2013–31.5.2015
BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. U-3513
Mit Beteiligung von Bürgern wird die Kölner Flora kartiert. Die Ergebnisse der Kartierung werden veröffentlicht und Behörden und Wissenschaft zur Verfügung gestellt. 35.900 €

Essen ändert alles 1.6.2013–31.12.2015
BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. U-3519
Durch Veranstaltungen, Mitmach-Blogs und Social Media sollen Jugendliche motiviert werden, sich kritisch mit Lebensmittelkonsum und Ressourcenverbrauch zu beschäftigen. 179.500 €

Auswirkungen von Uranmunition auf Gesundheit und Umwelt 1.6.2013–30.11.2013
Ost-Westlicher Diwan e. V. Z-5233
Workshops zu den gesellschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen von abgereicherter Uranmunition für die irakische Bevölkerung und zu Möglichkeiten der Dekontamination. 7.450 €

Ganztagsschulen für mehr Nachhaltigkeit 1.5.2013–30.4.2015
Eine Welt Netz NRW e. V. Z-5239
In Kooperation mit der BUNDjugend NRW soll Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker an Ganztagsschulen verankert werden, u. a. durch Qualifizierungen und Materialien. 276.940 €

Alles Krise oder was? 1.5.2013–31.1.2014
Service Civil International Deutscher Zweig e. V. Z-5240
Multiplikatoren aus dem Globalen Süden Deutschland führen Bildungseinheiten an Schulen in Köln und Bonn durch, zum Thema Wirtschaft und nachhaltiger Konsum. 30.000 €

Globales Lernen und Inklusion 12.5.2013–12.2.2014
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Z-5241
Jugendcamp und Multiplikatorentagung zum Thema Klimaschutz, bei denen das gemeinsame Lernen von Jugendlichen mit und ohne Behinderung im Mittelpunkt steht. 19.000 €

HINWEISE

STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Fachtagung

„Afrika 3.0“

2013 werden der Verein und das Magazin „Africa Positive“ 15 Jahre alt. Gefeiert wird dieser Geburtstag mit einem Jubiläumsheft sowie mit der interdisziplinären Fachtagung „Afrika 3.0 – Mediale Abbilder und Zerrbilder eines Kontinents im Wandel und deren Wirkung“ am 21. Juni in der TU Dortmund. Ist es möglich, den Menschen in Deutschland ein realistisches Bild von Afrika und seiner Vielfalt zu vermitteln? Und welche Rolle können Migranten aus Afrika dabei spielen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigen sich bei der Tagung Medienvertreter, Wissenschaftler, Bildungsinstitutionen, Akteure aus Politik und Wirtschaft, Organisationen der Diaspora und der Zivilgesellschaft. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, die Berichterstattung über Afrika in den europäischen Medien nachhaltig zu verbessern.

Mitveranstalter der Tagung, die von unserer Stiftung mit 19.000 Euro unterstützt wird, sind das Erich-Brost-Institut für Internationalen Journalismus der TU Dortmund und das Institut für Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

⇢ Infos und Anmeldung unter www.africa-positive.de

Neue Website und Datenbank

Filme aus Afrika

Der Kölner Verein FilmInitiativ hat unter www.filme-aus-afrika.de eine Website und eine umfangreiche Datenbank mit detaillierten Hintergrundinformationen zu afrikanischen Filmen und Filmfestivals eingerichtet. FilmInitiativ will damit ausgewählte und bereits in Veranstaltungen erprobte Filme vorstellen, über Bezugsmöglichkeiten informieren und so die Verbreitung afrikanischer Filme fördern. Durch die Vermittlung authentischer Bilder und Geschichten aus Afrika soll gängigen Klischeevorstellungen über den Kontinent begegnet werden. Die Datenbank enthält zurzeit Informationen zu rund 150 Filmen und wird weiter ausgebaut. Die Stiftung fördert Einrichtung und Erweiterung von Datenbank und Website mit rund 126.000 Euro.

⇢ Weitere Informationen unter www.filme-aus-afrika.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4714 und E-4839

Workshop

Antragstellung und Verwendungsnachweis – Gewusst wie!

Ist unsere Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr. Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder senden eine E-Mail an iris.gause@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

⇢ Termine: 16. September 2013 und 11. November 2013

Publikationen

Zweimal Kohle

Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen urgewald und FIAN haben die Lieferwege deutscher Steinkohleimporte sowie die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen unseres Kohleverbrauchs untersucht und die Ergebnisse in dem Dossier „Bitter Coal – Deutschlands Steinkohleimporte“ zusammengefasst. Die Untersuchung ist Teil des von unserer Stiftung mit 64.000 Euro geförderten Projektes „Wo die Kohle herkommt“. Das Dossier „Bitter Coal“ kann unter www.urgewald.org/artikel/bitter-coal heruntergeladen werden.

„Eine Frage der Kohle“ ist der Titel eines Bildungsheftes zu den Folgen der Kohleförderung in Südafrika. Das Heft richtet sich an Schüler ab der Klasse 8 und zeigt u. a. auf, dass der Kohleimporteur Deutschland für ökologische Schäden in Südafrika mitverantwortlich ist. Herausgeber des Bildungsheftes sind der Verein KOSA (Koordination Südliches Afrika), das Welthaus Bielefeld und möwe (Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung). Am 21. und 22. Juni veranstalten KOSA und möwe im Arbeitnehmerzentrum Königswinter eine Tagung zur Kohleförderung in Südafrika.

⇢ Kurzentschlossene können sich unter www.kosa.org über freie Plätze informieren

IMPRESSUM

Ausgabe Juni 2013

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im September 2013. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de